

Konjunkturschlaglicht: Ergebnis der Steuerschätzung

Vom 8. bis zum 11. Mai 2006 fand in Saarbrücken die 127. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt, bei der die Steuereinnahmen für die Jahre 2006 bis 2010 geschätzt wurden. Die Schätzung basiert auf dem geltenden Steuerrecht. Zusätzlich wurden die im Haushaltsbegleitgesetz 2006 enthaltenen Erhöhungen von Umsatz- und Versicherungsteuer einbezogen.

Im Vergleich zur vorangegangenen Schätzung vom November 2005 mussten für das Jahr 2006 die finanziellen Auswirkungen folgender Gesetze einbezogen werden: Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm, Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung, Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage, Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Gestaltungen. Darüber hinaus wurden für die Jahre 2007 bis 2010 die finanziellen Auswirkungen der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Anhebung von Umsatz- und Versicherungsteuer einbezogen. Weitere Rechtsänderungen, die zwar geplant aber noch nicht beschlossen sind, wie z.B. die Abschaffung der Pendlerpauschale, wurden nicht berücksichtigt.

Die Schätzung erfolgt unter Vorgaben zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dabei wird die Frühjahresprojektion des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ zu Grunde gelegt. Für das nominale Bruttoinlandsprodukt wurde ein Zuwachs von + 2,0%

in 2006, von + 2,3% in 2007 und von + 2,7% in den Jahren 2008 bis 2010 angesetzt. Gegenüber den Annahmen der letzten Schätzung vom November 2005 wurde die Wachstumsrate für 2006 leicht angehoben. Dabei werden die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker als bisher angenommen steigen. Die Prognose der Bruttolohn- und -gehaltssumme wurde hingegen zurückgenommen. Beim Konsum wurden Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung unterstellt: Diese führen im Jahr 2006 zu einem höheren und in 2007 zu einem niedrigeren Konsum. Die für das laufende und das kommende Jahr unterstellten Wachstumsraten liegen etwas unterhalb der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose vom April 2006. Auch im Vergleich zur letzten Mittelfristschätzung vom Mai 2005 wurde die Prognose der Wachstumsraten für die Jahre 2007 bis 2009 zurückgenommen. Insofern basiert die Steuerschätzung auf einer vorsichtigen Prognose.

Die auf Basis der Annahmen geschätzten Steuereinnahmen steigen ausgehend von 465,5 Mrd. Euro im Jahr 2006 bis auf 537,5 Mrd. Euro im Jahr 2010 an. Für das Jahr 2006 wurden die Steuern zuletzt im November 2005 geschätzt. Im Vergleich zu dieser Schätzung wurde jetzt ein um + 8,1 Mrd. Euro höheres Steueraufkommen prognostiziert. Dafür ist vor allem die positive Entwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern (Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer) verantwortlich. Von den Mehreinnahmen profitieren Bund, Länder und Gemeinden.

Abbildung 1
Vergleich der Schätzungen des Steueraufkommens im Mai 2005 und im Mai 2006
(in Mrd. Euro)

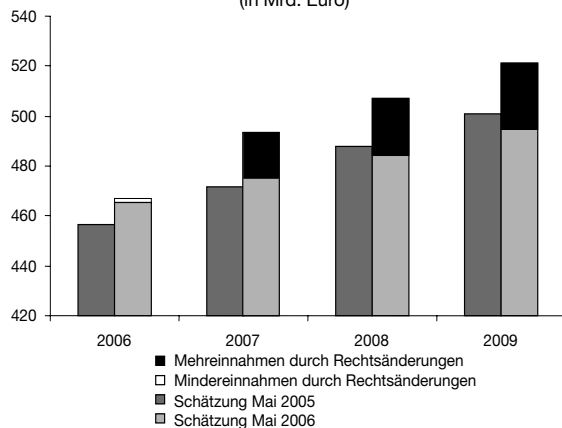
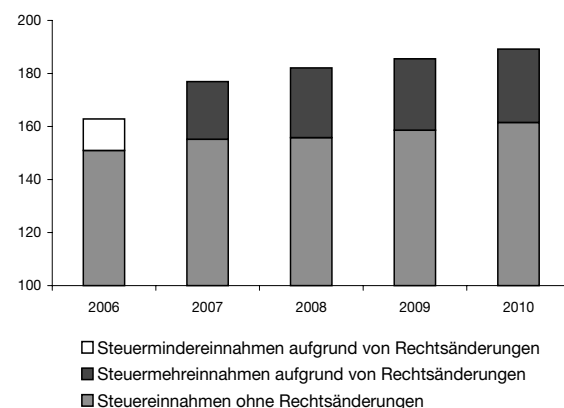


Abbildung 2
Entwicklung der Steuern vom Umsatz und von der Versicherungsteuer
(in Mrd. Euro)



Der isolierte Effekt von Steuerrechtsänderungen würde im laufenden Jahr zu Mindereinnahmen von 1,7 Mrd. Euro führen. Im Gegensatz dazu kommt es in den folgenden Jahren aufgrund der Steuerrechtsänderungen zu deutlichen Mehreinnahmen gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2005. So wird das Steueraufkommen 2007 um + 22,3 Mrd. Euro, 2008 um + 19,6 Mrd. Euro und 2009 um + 20,2 Mrd. Euro höher liegen. Diese Mehreinnahmen werden dazu beitragen, dass Deutschland ab dem Jahr 2007 den Artikel 115 des Grundgesetzes (Kreditaufnahme, Grenzen) und die Maastricht-Kriterien wieder einhalten wird.

Die Mehreinnahmen werden vor allem durch die Anhebung der Umsatzsteuer und der Versicherungssteuer verursacht. Ohne die Steuerrechtsänderungen wür-

de es nur in den Jahren 2006 und 2007 konjunkturbedingt zu verbesserten Steuereinnahmen kommen. Für die Jahre 2008 und 2009 würde die Schätzung der Steuereinnahmen um 4,0 bzw. 6,6 Mrd. Euro geringer ausfallen als im Mai 2005. Hier zeigt sich die deutlich zurückhaltendere Einschätzung der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Steueraufkommens wie es im Mai 2005 und im Mai 2006 geschätzt wird und den durch Rechtsänderungen hervorgerufenen Effekt. In Abbildung 2 wird die Entwicklung der Steuern vom Umsatz und der Versicherungssteuer dargestellt.

Michael Bräuninger, Tel. 040/42834-359

michael.bräuninger@hwwa.de